

Schreiben von Ludwig Erhard an Heinrich von Brentano (26. Mai 1956)

Quelle: PA AA, [s.l.]. B10 Abteilung II, Politische Abteilung. Bd. 905, Aussenministerkonferenzen-Venedig.

Urheberrecht: (c) Copyright-Hinweis:

Die Originale der Dokumente, deren Abschriften bzw. Faksimiles hier veröffentlicht sind, befinden sich im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts, und nur der Text dieser Originaldokumente kann maßgeblich sein. Jegliche Nach- und/oder Abdrucke bzw. Vervielfältigungen oder sonstige Verwertungen der in dieser Internet-Seite enthaltenen Archivmaterialien des Auswärtigen Amts bedürfen der schriftlichen Genehmigung des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts, D-11013 Berlin, Mail: 117-r@diplo.de.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/schreiben_von_ludwig_erhard_an_heinrich_von_brentano_26_mai_1956-de-11e6d3ef-8da4-41fc-ba3f-4ab28c5e8c84.html



Publication date: 05/11/2015

Schreiben von Ludwig Erhard an Heinrich von Brentano (26. Mai 1956)

Sehr geehrter Herr Kollege!

Die Außenministerkonferenz, die am 29./30. Mai 1956 in Venedig stattfindet, wird voraussichtlich zu dem Beschluß führen, daß Vertragsverhandlungen zu eröffnen sind, die einerseits die Schaffung eines gemeinsamen Marktes und andererseits die Bildung einer Atomgemeinschaft zum Inhalt haben sollen. Damit wird für die weitere Integration Europas ein sehr bedeutungsvoller Fortschritt erreicht werden.

I.

Der gemeinsame Markt ist neben seiner großen politischen Bedeutung wirtschaftlich erstrebenswert, weil er, wenn seine Verwirklichung auf Basis einer freiheitlichen wirtschaftspolitischen Konzeption erfolgt, der Expansion aller beteiligten Volkswirtschaften und der Erhöhung des Lebensstandards in Europa dienen kann. Eine so wirksam werdende Integration wird der Befriedung und Stärkung Europas dienen.

Es ist daher bei der schrittweisen Verwirklichung des gemeinsamen Marktes sicherzustellen, daß er dem vorerwähnten Postulat in weitreichendem Maße Rechnung trägt. Dazu scheint mir die Beachtung nachstehender Überlegungen von entscheidender Bedeutung zu sein:

a) In dem Bericht der Delegationsleiter an die Außenminister ist vorgesehen, daß die wirtschaftspolitischen Zuständigkeiten und Verantwortungen bei den Regierungen der Mitgliedstaaten verbleiben sollen. Diese Verantwortung kann aber nur getragen werden, wenn in dem Verträge gesichert ist, daß eine gesunde, freiheitliche wirtschaftspolitische Konzeption die Grundlage der europäischen Volkswirtschaften sein wird. Deren Verschmelzung zu einer Art Binnenmarkt erfordert eine entsprechende *Abstimmung der Wirtschaftspolitik* der Partner der Gemeinschaft, wobei im Verträge festgelegt werden müßte, daß diese Koordinierung im Sinne der wirtschaftlichen Expansion und der Hebung des Lebensstandards erfolgt. Bei den Vertragsverhandlungen wird mit besonderer Sorgfalt darauf zu achten sein, daß sowohl in institutioneller Hinsicht wie hinsichtlich der Gewaltenteilung eine klare Lösung gefunden wird, die sowohl den lebenswichtigen Interessen der Mitgliedstaaten als auch den anzuerkennenden Belangen der Gemeinschaft Rechnung trägt. Außerdem sollte nachdrücklich dafür eingetreten werden, daß sich eine möglichst freiheitliche Konzeption durchsetzt, wofür die in dem Bericht der Delegationsleiter enthaltenen Ausführungen einen wertvollen Ansatz bieten. Es bedarf keines Hinweises, daß eine befriedigende Lösung nur aus einer umfassenden ökonomischen Konzeption erwachsen kann. Die hervorragendsten Volkswirte werden gerade gut genug sein, um eine solche Aufgabe erfüllen zu können.

b) Die Schaffung des gemeinsamen Marktes darf nicht dazu führen, daß sich dieser einheitliche Wirtschaftsraum von der übrigen Welt autark oder protektionistisch abschließt. Es muß vielmehr dafür gesorgt werden, daß der gemeinsame Markt möglichst weitgehend und freizügig in die Weltwirtschaft eingeleitet wird. Dies liegt nicht nur im lebenswichtigen Interesse der Bundesrepublik, was ich hier nicht näher zu begründen brauche, sondern es entspricht auch den Belangen der Gemeinschaft. Gleichwohl ist zu befürchten, daß das eine oder andere Land der künftigen Gemeinschaft aus Augenblickserwägungen eine retardierende Haltung einnimmt.

Es ist deshalb mit Nachdruck eine möglichst weitgehende *liberale Zoll- und Handelspolitik* anzustreben. Im Rahmen der Regelung der Handels- und Zahlungsbeziehungen zu dritten Ländern wird dies insbesondere auch für den neuen gemeinsamen Außentarif zu gelten haben. Dieser muß sich einerseits hinsichtlich seines Niveaus im Rahmen der Vorschriften des GATT halten, andererseits aber sollten die Zollsätze nur so hoch festgesetzt werden dürfen, wie es unter Anlegung strenger Maßstäbe dem tatsächlichen echten Schutzbedürfnis des neuen Wirtschaftsraumes entspricht. Es erscheint zweifelhaft, ob die in dem Bericht der Delegationsleiter für den gemeinsamen Außentarif vorgesehenen Regelungen geeignet sind, diesen Grundsätzen ausreichend zu entsprechen.

Es ist ferner unbedingt erforderlich, Vorsorge dafür zu treffen, daß diejenigen Länder, die auf dem Gebiet der Liberalisierung fähig und willens sind, größere Freiheiten zu geben als andere Mitglieder der

Gemeinschaft, nicht gezwungen werden können, sich insoweit Beschränkungen aufzuerlegen.

Ich verkenne hierbei keineswegs, daß über vorstehende Fragen mit den übrigen Partnern der Gemeinschaft, die zum Teil eine andere Konzeption vertreten könnten, eine Verständigung erzielt werden muß. Ich bin aber sicher, daß wir dabei die Unterstützung der Benelux-Länder haben werden. Eine als Bremse wirkende Bindung wäre für Deutschland unerträglich und politisch nicht zu verantworten.

c) Mit ernster Sorge erfüllen mich auch die Bestrebungen der *Landwirtschaft*, für ihren Bereich Sonderregelungen zu treffen. Ich verschließe mich zwar keineswegs der Tatsache, daß für die Landwirtschaft zum Teil andere Verhältnisse bestehen als für die gewerbliche Wirtschaft. Dieser Umstand darf jedoch meines Erachtens nicht zu Bestimmungen führen, die geeignet sind, unsere außenwirtschaftlichen Beziehungen im ganzen zu stören oder etwa die Erfüllung unserer außenwirtschaftlichen Verträge zu beeinträchtigen bzw. sogar unmöglich zu machen. Denn sonst würden sehr ernste Gefahren für unsere gesamte Außenwirtschaft eintreten, die ich wirtschaftspolitisch nicht verantworten könnte und die politisch wohl auch kaum tragbar wären, wenn angesichts der ökonomischen und sozialen Struktur unseres Landes das Gruppeninteresse nur eines Teils der Volkswirtschaft lebenswichtige Interessen des Volkes in seiner Gesamtheit bedrohen würde. Hierüber müßten wir unbedingt eine gemeinsame Beratung mit dem Ernährungsminister pflegen.

II.

Die Vorschläge der Delegationsleiter hinsichtlich der Maßnahmen auf dem Gebiet der *klassischen Energie* halte ich unter der Voraussetzung für annehmbar, daß es zur Errichtung eines allgemeinen gemeinsamen Marktes in Europa kommt. Die Fragen dieses Gebietes vorweg zu regeln, scheint mir nicht unbedenklich.

Wenn es dann zur Errichtung eines gemeinsamen Marktes gekommen sein wird, bin ich mit dem Vorschlag der Delegationsleiter einverstanden, daß ein europäisches Organ mit den Aufgaben auf dem Gebiet der klassischen Energie beauftragt wird. Ich bin jedoch der Auffassung, daß die Frage, welches Organ hierfür am besten geeignet sein wird, noch einer näheren Prüfung bedarf. Ich darf Sie deshalb bitten, bei den Verhandlungen in Venedig einen Vorbehalt bezüglich der Vorschläge der Delegationsleiter zu machen, die dahin gehen, mit diesen Aufgaben die Hohe Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl zu betrauen.

Gerade die im Bericht weiter vorgesehene Einholung von Informationen unmittelbar bei den betroffenen Unternehmen habe ich Bedenken und bitte vorzusehen, daß solche Auskünfte für das noch zu bestimmende europäische Organ ausschließlich von den Regierungen der betroffenen Länder beschafft und in geeigneter Weise weitergegeben werden.

Ich schlage vor, jetzt bereits der Hohen Behörde durch die Regierungen der 6 Mitgliedstaaten der Montan-Union diejenigen Auskünfte aus den Gebieten der klassischen Energie zur Verfügung zu stellen, die sie zur Durchführung einer gemeinsamen Kohlepolitik benötigt.

III.

Die sehr knappe Zeit, die in Ansehung unserer mit Arbeit übermäßig angefüllten Tage bisher für die Bearbeitung dieser weittragenden und zum Teil lebenswichtigen Fragen zur Verfügung stand, hat es mir unmöglich gemacht, schon jetzt erschöpfend zu den Problemen Stellung zu nehmen. Es sind hier angesprochen: Fragen der Währung, Fragen der Zahlungsbilanz, Fragen der Zusammenarbeit mit dritten Ländern, die Behandlung der Fonds und andere Dinge mehr, die alle von größter Bedeutung sind und über deren Regelung zwischen den Mitgliedstaaten der angestrebten Gemeinschaft durchaus nicht immer einheitliche Auffassungen vorherrschen. Wir müssen daher unbedingt die notwendige Zeit finden, um diese Dinge in aller Ruhe und unter Hinzuziehung der besten Fachkenner der einzelnen Gebiete mit allen beteiligten Ressorts zu prüfen und zu beraten.

IV.

Um einen zügigen Ablauf der internationalen Vertragsverhandlungen zu ermöglichen, habe ich die zuständigen Abteilungen meines Hauses angewiesen, die Probleme des gemeinsamen Marktes so weit zu konkretisieren, daß bereits eine geeignete Grundlage für entsprechende Vertragsvorschriften geschaffen wird. Trotz der umfangreichen und wertvollen Vorarbeiten, die auf den verschiedenen internationalen Konferenzen geleistet wurden, wird diese Arbeit einige Zeit erfordern, um sie mit dem Ernst durchzuführen, der der gestellten Aufgabe entspricht. Ich bitte deshalb, den Beginn der internationalen Vertragsverhandlungen so anzusetzen, daß die nötigen Vorarbeiten ohne Überhastung vorher zu einem Abschluß gebracht werden können und außerdem auch noch ausreichend Gelegenheit zu einer eingehenden Behandlung im Kabinettsausschuß besteht. Dadurch braucht meines Erachtens keinerlei Verzögerung der Beendigung der Vertragsverhandlungen einzutreten, da eine gute Vorbereitung sicherlich einen rascheren Ablauf der internationalen Gespräche ermöglichen wird. Ich nehme an, daß mir insoweit auch die übrigen Fachressorts zustimmen werden. Ebenso hoffe ich, daß auch die anderen Partnerländer Verständnis für die Notwendigkeit einer guten Vorbereitung der kommenden Vertragsverhandlungen haben werden. Eine überhastete Behandlung der außerordentlich wichtigen und sehr verwickelten Materie wäre gewiß nicht zu verantworten.

Um Herrn Staatssekretär Prof. Dr. Hallstein noch vor Beginn der Konferenz in Venedig über meine Auffassung zu unterrichten, habe ich mir erlaubt, ihm unmittelbar eine Abschrift dieses Schreibens zugehen zu lassen.

Mit besten Grüßen

Ihr
Dr. Ludwig Erhard